

NEOLIBERALISMUS, FINANZKAPITALISMUS UND DIE KRISE DES EUROPÄISCHEN SOZIALMODELLS

1. Die „neoliberale Brille“ und ihre Folgen für Diagnose und Therapie in der Wirtschaftspolitik.....	74
2. Finanzinstabilität und realwirtschaftliche Entwicklung.....	76
3. Sparpolitik und konjunkturpolitische „Abstinenz“ als Ursachen der Krise in der EU.....	82
4. Reformpolitik und Wirtschaftskrise.....	92
5. Verknüpfung der Krisenursachen in ihrer Abfolge seit 1970.....	93
6. Die Interessen von Arbeit, Realkapital und Finanzkapital.....	102
7. Realkapitalismus und Finanzkapitalismus.....	104
8. Die Abfolge von Realkapitalismus und Finanzkapitalismus im langfristigen Entwicklungszyklus.....	107
9. Schlussfolgerung.....	109

Auszug aus WISO 1/2007

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Gruberstraße 40–42

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@akoee.at

Internet: www.isw-linz.at

**Stephan
Schulmeister**

Ökonom am
Österreichischen
Institut für
Wirtschaftsforschung
(WIFO) in Wien

Was ist mit den drei Begriffen im Titel gemeint? Die Grundzüge der Weltanschauung des Neoliberalismus hat Gustav Horn schon klargelegt. Finanzkapitalismus ist ein Begriff, den ich prägte, weil ich zwei Formen einer kapitalistischen Marktwirtschaft unterscheidete: eine realkapitalistische, in der die Anreizbedingungen das Profitstreben auf die Realwirtschaft lenken (typisch für die 1950er- und 1960er-Jahre), und ein finanzkapitalistisches Regime, in dem die Rahmenbedingungen die Vermögensvermehrung durch Finanzveranlagung und -spekulation attraktiver machen. Das Europäische Sozialmodell ist meiner Ansicht nach auf lange Frist mit einem finanzkapitalistischen Regime nicht vereinbar; es benötigt, weil es auf den „Schlussstein Vollbeschäftigung“ hin konstruiert ist, realkapitalistische Rahmenbedingungen. Das ist die Grundthese, die ich in aller Kürze vorstellen möchte.

1. Die „neoliberale Brille“ und ihre Folgen für Diagnose und Therapie in der Wirtschaftspolitik

Am Beginn möchte ich in Erinnerung rufen, dass man mit einem bestimmten Wahrnehmungsraster – gewissermaßen einer entsprechend geschliffenen Brille – nur diejenigen Dinge sehen kann, auf die der „Brillenschliff“ fokussiert ist. Mit einer „neoliberalen Brille“ bzw. „Weltanschauung“ kann ich Krisenursachen, die systematisch von freien Märkten gesetzt werden, nicht wahrnehmen. Denn der „Brillenschliff“ impliziert, dass liberalisierte Märkte keine Krisen produzieren können. Auch kann ich ein Nicht-Handeln des Staates wie etwa den Verzicht auf eine aktive (Voll-)Beschäftigungspolitik nicht als Krisenursache erkennen, weil in neoliberaler Weltanschauung gilt: Je weniger der Staat tut, umso besser.

*Reformpolitik als
Krisenursache*

Schließlich kann ich als Reformpolitiker am allerwenigsten wahrnehmen, dass meine eigene Politik, mit der ich der Wirtschaft auf die Sprünge helfen möchte, Teil der Krise ist. So wie ein Arzt, der selbst die Krankheit durch seine Therapie verursacht oder verschärft, den Gedanken kaum in Erwägung ziehen wird, dass er selbst den Krankheitsherd darstellt.

Vielmehr wird er auf die Verschlimmerung der Krankheit als Folge seiner Therapie mit einer Erhöhung der Dosis reagieren. In meiner Sicht besteht also eine Wechselwirkung zwischen der Verschärfung der Reformpolitik und der sich vertiefenden ökonomischen und sozialen Krise, ein Prozess, dessen Ende wir leider noch nicht erreicht haben.

Die drei Hauptursachen der Krise sind in meiner Wahrnehmung die Finanzinstabilität, die verfehlte gesamtwirtschaftliche Wirtschaftspolitik und die Reformpolitik. Ich werde diese These empirisch untermauern, und zwar zunächst für die Periode der letzten fünfzehn Jahre. Danach möchte ich weiter zurückblenden und vergleichen, was denn die unterschiedlichen Rahmenbedingungen in Zeiten der Vollbeschäftigung im Vergleich zu den letzten 30 Jahren waren.

Mit „neoliberaler Brille“ sind die konkreten Krisenursachen – etwa in Deutschland – nicht wahrnehmbar. Erinnern wir uns an das Jahr 2000, als die Wirtschaft nahezu boomte und die Arbeitslosigkeit zum ersten Mal nach langer Zeit wieder markant zurückging. Was ist nun seit dem Jahr 2000 an wichtigen Ereignissen passiert? Da sind zu nennen: der Verfall der Aktienkurse um insgesamt 70 Prozent, eine Aufwertung des Euro um 50 Prozent und eine Verfünffachung des Ölpreises. Das sind alles Entwicklungen, die mit dem Geschehen auf den Finanzmärkten unmittelbar zu tun haben, doch all diese Entwicklungen bleiben als Krisenursachen ausgeblendet.

*Krisenfaktor
Finanzmärkte*

Die zweite Krisenursache besteht darin, dass die Wirtschaftspolitik in der EU und insbesondere in Deutschland keine aktive Konjunktursteuerung betrieben hat, wie Gustav Horn schon betonte. Es wurde also die im Jahr 2001 voll einsetzende Konjunkturabschwächung nicht durch eine expansive Geld- und Fiskalpolitik bekämpft. Ich werde diese Problematik durch einen Vergleich mit der gänzlich anderen Politik in den USA herausarbeiten und zeigen, dass die konjunkturpolitische Enthaltensamkeit in der EU selbst zu einem Faktor wurde, der die Krise verlängert hat.

*„abstinente“
Wirtschaftspolitik*

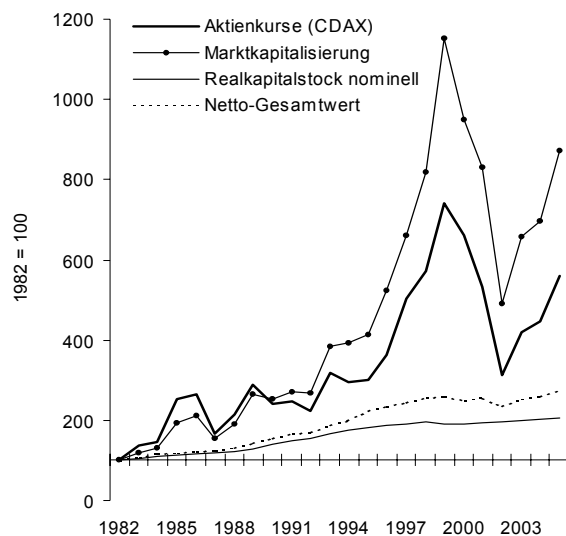
Die dritte Krisenursache ist die Reformpolitik selbst. Sie hat die vier Grundsäulen des Europäischen Sozialmodells – das Gesundheitssystem, das Bildungswesen, die Altersvorsorge und die Arbeitslosenversicherung – geschwächt, das Vertrauen der Menschen in die Stabilität dieser Sicherungssysteme unterminiert und damit wesentlich zur Konsumschwäche beigetragen.

2. Finanzinstabilität und realwirtschaftliche Entwicklung

*Unternehmen als
Finanzinvestoren*

Zwischen 1982 und 1999 haben sich in Deutschland die Aktienkurse etwa verzehnfacht (Abbildung 1a). Nun besteht ein wesentliches Merkmal des Finanzkapitalismus darin, dass die Unternehmen (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften) ihre Realkapitalbildung im Vergleich zu Finanzinvestitionen zurücknehmen, insbesondere in Zeiten boomender Aktienkurse. Genau so verhielten sich die deutschen Unternehmen in den 1990er-Jahren. Im Klartext: Industriekonzerne, die in der realkapitalistischen Prosperitätsphase ihre Gewinne ausschließlich in der Realwirtschaft gemacht haben, versuchen in wachsendem Ausmaß, ihr Vermögen auf den Finanzmärkten zu vermehren, sei es durch längerfristige Veranlagung oder kurzfristige Spekulationen. Diese Verlagerung des Profitstrebens ist in Deutschland besonders stark ausgeprägt (Beispiel Siemens) und wurde durch den Aktienboom der 1990er-Jahre verstärkt. Umgekehrt wurde dieser Boom auch durch die zunehmenden Finanzinvestitionen der Unternehmen „befeuert“ – es besteht also eine Wechselwirkung.

Abbildung 1a: Aktienkurse und Realkapitalbildung in Deutschland 1982–2005

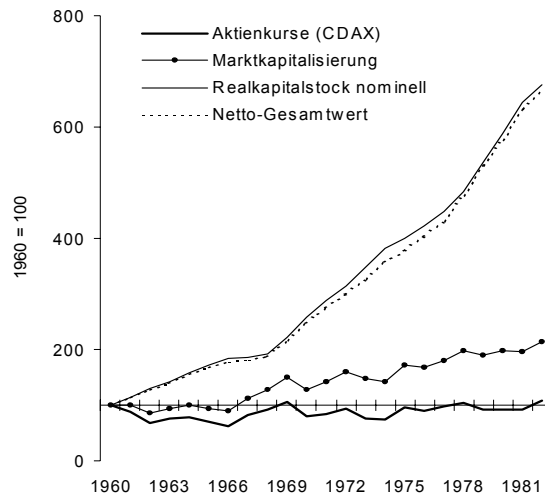


Der Zusammenbruch der Aktienkurse zwischen 2000 und 2003 entwertete die außerordentlich stark gestiegenen Finanzaktiva der Konzerne (Abbildung 1a). Das wurde zu einem wesentlichen Grund, warum die Senkung der Unternehmenssteuern 2001 überhaupt keine Investitionseffekte hatte. Vielmehr wurden die durch die Steuersenkung verfügbaren Mittel für die Konsolidierung der durch den Verfall der Aktienkurse beeinträchtigten Finanzlage der Unternehmen verwendet.

Ein kleiner Rückblick sei schon jetzt auf die Phase zwischen 1960 und den späten 1970er-Jahren gestattet, wo wir genau das gegenteilige Bild sehen (Abbildung 1b). Der Realkapitalstock und der tatsächliche Unternehmenswert zu Marktpreisen stiegen stark und stetig. Denn im Realkapitalismus konzentrierte sich die Investitionstätigkeit auf die Realwirtschaft. Aktienkurse und Börsenwerte der Unternehmen stagnierten hingegen in der Phase hohen Wirtschaftswachstums und anhaltender Vollbeschäftigung.

Investitionsboom im Realkapitalismus

Abbildung 1b: Aktienkurse und Realkapitalbildung in Deutschland 1960–1981



Quelle: Deutsche Bundesbank

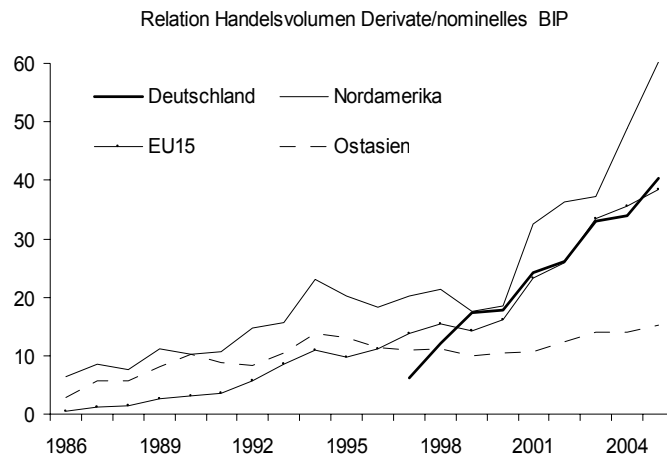
Wichtig für ein Verständnis der krisenhaften Entwicklung in den letzten 15 Jahre ist Folgendes: Das reale Wachstum wurde zunächst durch den Aktienboom gedämpft, weil dieser die Konzerne zu stärkerer Finanzveranlagung „verführt hätte.“ Nach dem Jahr 2000 dämpfte der Aktiencrash das Wirtschaftswachstum wiederum deshalb, weil er die Finanzaktiva der Unternehmen entwertet hatte.

*boomende
Wettspiele*

Aus Anlass des BAWAG-Skandals beschäftigte ich mich wieder mit den konkreten, sehr kurzfristigen Spekulationsgeschäften und wollte wissen, wie hoch das Transaktionsvolumen nur bei Finanzderivaten ist. Finanzderivate sind Wettscheine auf die Entwicklung von Rohstoffpreisen, Zinssätzen, Aktienkursen und Wechselkursen. Es zeigte sich, dass in keiner anderen Region die Umsätze an den Derivatbörsen so stark gestiegen sind wie in Deutschland (Abbildung 2). 1997 betrug das Handelsvolumen dieser Derivate an der Börse in Frankfurt (EUREX) „nur“ das Sechsfache des Bruttoinlandsprodukts, im

letzten Jahr bereits das Vierzigfache. Man muss sich das wie ein Casino vorstellen, in dem 40 Mal das nominelle deutsche Bruttoinlandsprodukt umgesetzt wird. Mit Sicherheit sind in hohem Maße auch Unternehmen der Realwirtschaft an diesen Derivatgeschäften beteiligt, aber auch Amateurrinnen und Amateure, die als Gruppe „geschoren“ werden, also diese „Wettspiele“ verlieren.

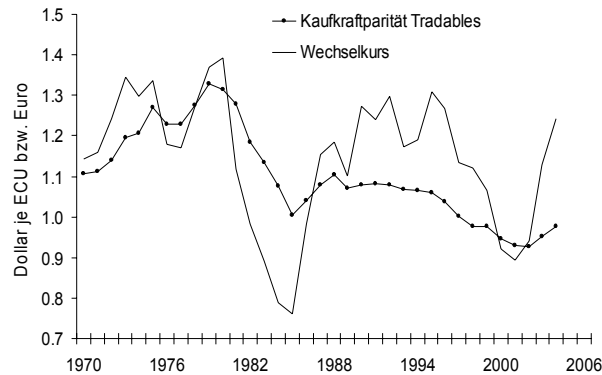
Abbildung 2: Deutschlands Börsenhandel mit Futures und Optionen im internationalen Vergleich



Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, EUREX

Als zweiten Punkt betrachten wir kurz den Wechselkurs der ECU bzw. des Euro gegenüber dem US-Dollar in Relation zu seinem theoretischen Gleichgewichtswert, der Kaufkraftparität für international gehandelte Güter, bei dem sich der Wechselkurs eigentlich „einpendeln“ müsste (in diesem Fall hätten weder die USA noch die Eurozone einen wechselkursbedingten Preisvorteil im internationalen Handel). Wir erkennen in Abbildung 3a, dass im Laufe der 1990er-Jahre die ECU und der Euro nahezu permanent überbewertet waren.

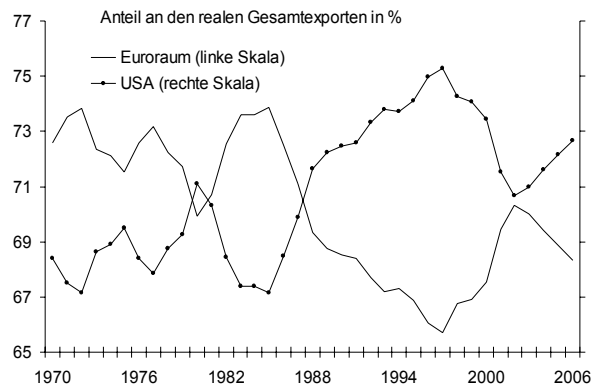
Abbildung 3a: Eurokurs und Exportdynamik



Quellen: OECD, WIFO

Diese Überbewertung ging damit einher, dass die Eurozone Exportmarktanteile verlor, während die USA Marktanteile gewannen (Abbildung 3b). Erst im Jahr 2000 erreichte der Dollar bzw. der Euro seinen fairen Wert. Als Folge der Euroabwertung in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre konnte die Eurozone Marktanteile zurückgewinnen, während die USA Marktanteile verloren.

Abbildung 3b: Eurokurs und Exportdynamik



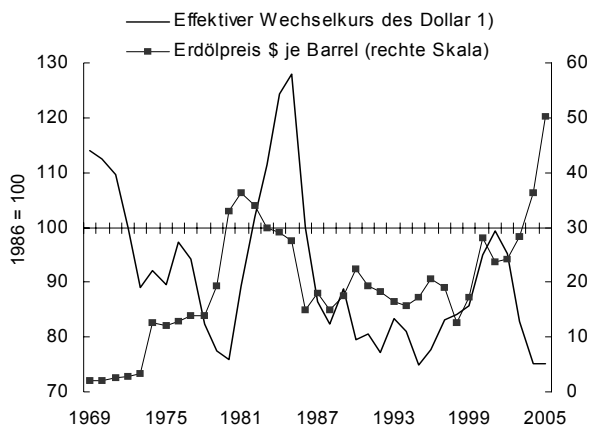
Quellen: OECD, WIFO

In den USA hat man ein sehr pragmatisches Verhältnis zum Wechselkurs: Sobald eine Rezession da ist, hat die Politik keine Hemmungen, ein „talking the dollar down“ zu betreiben, also den Wert des Dollars herunterzureden. Es wird darauf verwiesen, dass die USA ein riesiges Leistungsbilanzdefizit aufweisen, deshalb brauchen nicht nur sie, sondern auch ihre Handelspartner und damit die gesamte Weltwirtschaft eine Abwertung des Dollars; dies bedeutet natürlich gleichzeitig einen härteren Euro. Die markante Aufwertung des Euro zwischen 2001 und 2004 dämpfte das Wachstum der Exporte der Eurozone und verschärfte so die Wirtschaftskrise. Deutschland konnte sich zwar der Exportbeeinträchtigung mit der extrem restriktiven Lohnpolitik widersetzen, doch nur um den Preis eines stagnierenden Konsums.

*Euroaufwertung
dämpft Exporte*

Abschließend gelangen wir zur Thematik von Dollarkurs und Ölpreis. Es wird viel zu wenig gesehen, dass es in der Weltwirtschaft eine fundamentale Asymmetrie gibt, die darin besteht, dass alle Rohstoffe, insbesondere Erdöl, nur in einer Währung notieren, dem US-Dollar. Das bedeutet Folgendes (Abbildung 4).

Abbildung 4: Dollarkurs und Ölpreis



¹⁾ Gegenüber DM, Franc, Pfund, Yen.

Quellen: OECD, WIFO

Dollarkurs und Erdölpreis

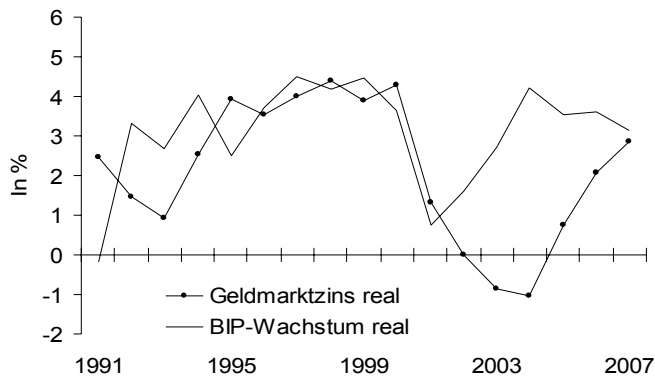
Wenn der Wechselkurs des Dollars gegenüber allen anderen Währungen stark an Wert verliert, versuchen die Erdöl exportierenden Länder, den Dollarkurs für Erdöl zu erhöhen, um die Entwertung ihrer Exporterlöse als Folge der Dollarabwertung zu kompensieren oder mehr als zu kompensieren. Dies geschah auch in den letzten Jahren. Die massive Dollarabwertung trug also zur massiven Erdölpreissteigerung bei. Damit möchte ich nicht sagen, dass die Entwertung des Dollars die einzige Ursache der Erdölpreisentwicklung ist, aber sie ist nicht unbedeutend, wie ein Rückblick auf die 1970er-Jahre zeigt. Den beiden Erdölpreisschocks – Verdreifachung 1973 und nochmals Verdreifachung zwischen 1979 und 1980 – gingen jeweils massive Dollarentwertungen voraus (Abbildung 4). Also hat die Instabilität der Wechselkurse, insbesondere des Dollars als Weltwährung, eine verstärkende Wirkung auf die Instabilität der in Dollar notierenden Rohstoffpreise.

3. Sparpolitik und konjunkturpolitische „Abstinenz“ als Ursachen der Krise in der EU*keynesianische Geldpolitik in den USA*

Es wird in Europa viel zu wenig beachtet, dass die Vereinigten Staaten um das Jahr 1990 einen Kurswechsel zu einer sehr pragmatischen und eindeutig keynesianischen Politik vollzogen haben.¹ Das begann damit, dass der Präsident der amerikanischen Notenbank (Fed), Alan Greenspan, Ende der 1980er-Jahre erklärte, das monetaristische Konzept der Geldmengensteuerung habe nicht getaugt, ab nun werde die Fed die Zinsen direkt steuern, und zwar ausdrücklich auch dazu, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Die Politik sieht dann so aus, dass in „Normalzeiten“ der reale Leitzinssatz auf dem Niveau der realen Wachstumsrate gehalten wird. Sobald es aber wie im Jahr 2000/2001 zu einem starken Wirtschaftseinbruch kommt, wird der Leitzinssatz radikal gesenkt und etwa drei Jahre lang auf einem markant niedrigeren Niveau als jenem der wirtschaftlichen Wachstumsrate gehalten.

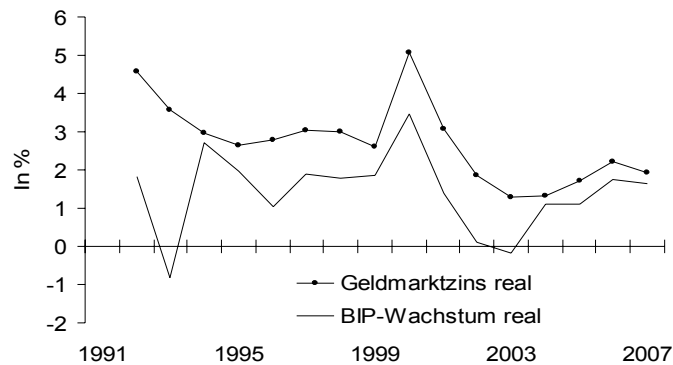
Diese wachstumsfördernde Politik war schon zwischen 1991 und 1993 verfolgt worden, als die Fed zwar nicht so radikal wie 2001/2003, aber auch markant die Zinsen senkte (Abbildung 5a). Im „Extremfall Deutschland“ wurde hingegen der reale Geldmarktzinssatz permanent auf einem Niveau über der realwirtschaftlichen Wachstumsrate gehalten (Abbildung 5b). Die Investitionstätigkeit wurde dadurch beeinträchtigt, statt sie in einer Zeit schwacher Wirtschaftsdynamik durch eine lockere Geldpolitik zu fördern.

Abbildung 5a: Zinssatz und Wachstumsrate in den USA



Quellen: OECD, WIFO

Abbildung 5b: Zinssatz und Wachstumsrate in Deutschland

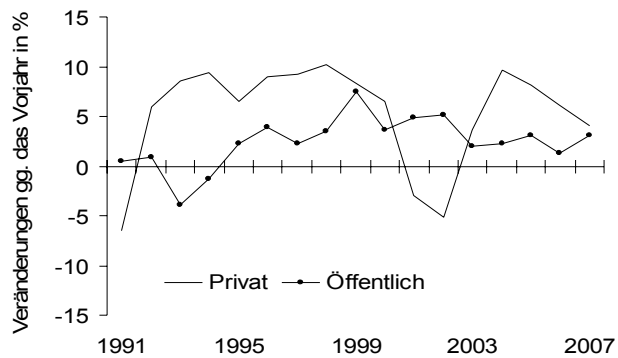


Quellen: OECD, WIFO

Rhetorik und Praxis

Man erkennt in Europa viel zu wenig, dass in den USA vernünftigerweise gleichsam eine machiavellistische Doppelstrategie verfolgt wird. Auf der Ebene der Rhetorik ist der Neoliberalismus ganz hoch im Kurs, aber gleichzeitig wissen die Politikerinnen und Politiker, dass in der Praxis die Märkte kein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht garantieren. In Europa, insbesondere in Deutschland, glauben hingegen die Verantwortlichen in den Notenbanken bzw. in der EZB an jene Ideologie, die sie permanent propagieren, das neoliberale Weltbild. Da allerdings die Wirklichkeit viel komplexer ist, wird die Geldpolitik in der Eurozone den wirtschaftlichen Problemen nicht nur nicht gerecht, sondern verschärft sie erheblich. Ein deutliches Beispiel für den Widerspruch zwischen Rhetorik und Praxis in den USA ist die Entwicklung der Nachfragepolitik des Staates. Öffentliche Investitionen wurden jedes Jahr massiv ausgeweitet, insbesondere auch in der Rezession (Abbildung 6a).

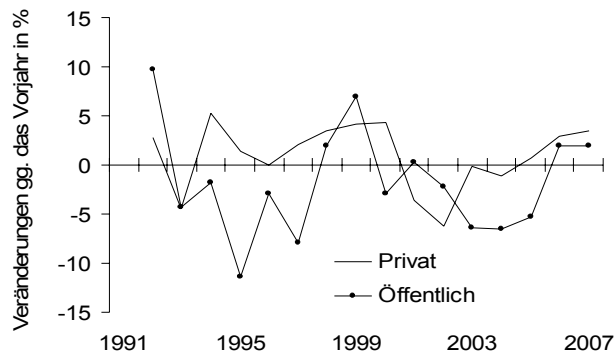
Abbildung 6a: Investitionsdynamik in den USA



Quelle: OECD

In Deutschland – Gustav Horn hat es schon gesagt – wurden hingegen die öffentlichen Investitionen, von zwei Jahren abgesehen, in jedem Jahr zurückgeschmupft, besonders auch in Rezessionsphasen (Abbildung 6b).

Abbildung 6b: Investitionsdynamik in Deutschland



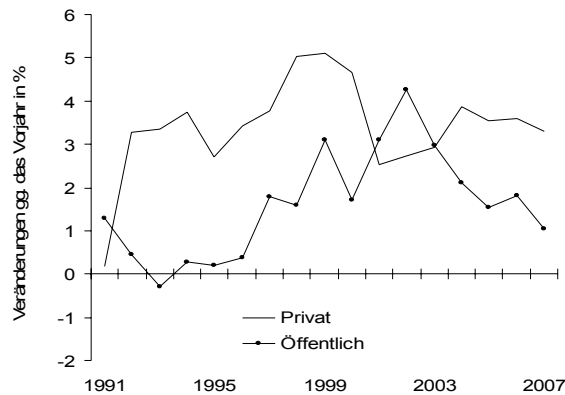
Quelle: OECD

Wie Horn zu Recht angemerkt hat, kennen die Eliten in Deutschland das wirtschaftspolitische Handwerkszeug nicht (mehr). Es ist einfach grober Unfug, in Rezessionen die öffentlichen Investitionen zurückzunehmen.

*öffentliche
Nachfrage als
Konjunkturmotor*

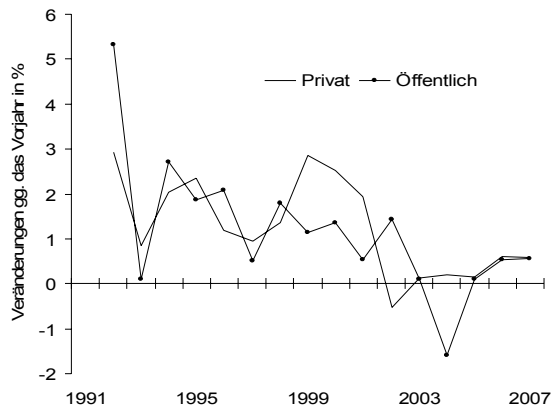
Viel mehr Gewicht als die öffentlichen Investitionen hat der öffentliche Konsum in der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Dieser umfasst die Ausgaben des Staates für Beamtinnen und Beamte, Material und dergleichen. Es ist geradezu ein Musterbeispiel antizyklischer Ausgabenpolitik, wie sehr in den USA die öffentliche Konsumnachfrage in einer Phase, in der sich das sonst so kräftige Wachstum des privaten Konsums abschwächte ausgeweitet wird. Nach Anziehen der Konjunktur – nicht zuletzt dank der antizyklischen Wirtschaftspolitik – wird die Expansion des öffentlichen Konsums wieder zurückgenommen (Abbildung 7a). In Deutschland hingegen geht das Wachstum des öffentlichen Konsums trendmäßig zurück (Abbildung 7b).

Abbildung 7a: Konsumdynamik in den USA



Quelle: OECD

Abbildung 7b: Konsumdynamik in Deutschland

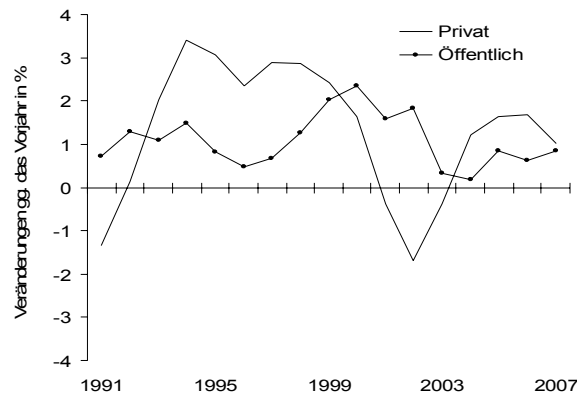


Quelle: OECD

Seit Anfang der 1990er-Jahre wird in den USA die öffentliche Beschäftigung jedes Jahr ausgeweitet (Abbildung 8a), in Deutschland hingegen jedes Jahr reduziert (Abbildung 8b). Besonders markant und auch vernünftig agierten die USA in und nach der Rezession 2001: Es ist in Europa viel zu wenig bekannt, dass seit 2002 in den USA insgesamt zwei Millionen Jobs geschaffen wurden, davon 1,3 Millionen im öffentlichen Dienst. Mehr als 50 Prozent der Job Creation erfolgten also durch den Staat.

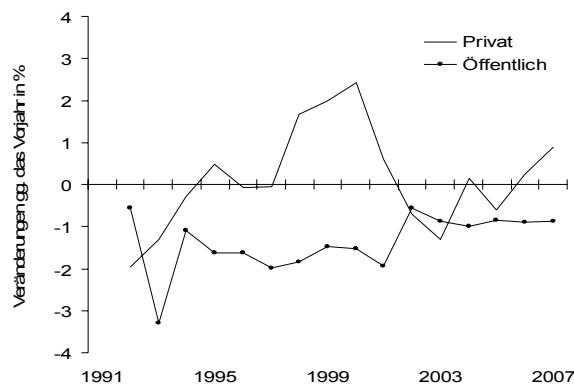
*öffentliche
Beschäftigung
in USA massiv
erhöht*

Abbildung 8a: Beschäftigungsdynamik in den USA



Quelle: OECD

Abbildung 8b: Beschäftigungsdynamik in Deutschland



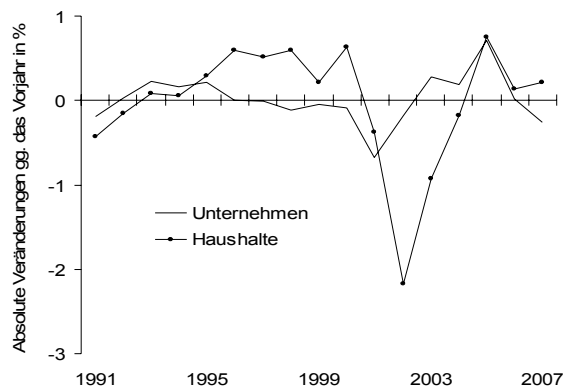
Quelle: OECD

Eine andere Zahl, die erstaunt, ist der Anteil der öffentlich Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigung. Er ist in den USA wesentlich höher als in Deutschland, nämlich 16 Prozent im Vergleich zu 12 Prozent, obwohl eigentlich der deutsche Sozialstaat mehr Aufgaben übernommen hat als der Staat in den USA. Zugegeben, der militärische Komplex spielt natürlich in den USA auch eine Rolle.

Eine Anmerkung sei noch zur Steuerpolitik gemacht. In den USA hat die Fiskalpolitik die Wirtschaft auch durch massive Steuersenkungen für die privaten Haushalte stimuliert. In einer Rezession ist es nämlich vernünftig, die privaten Haushalte zu entlasten, aber nicht die Unternehmen. Der in Abbildung 9a dargestellte Rückgang der Unternehmenssteuern war ausschließlich konjunkturbedingt, die Steuersätze wurden nicht reduziert (Abbildung 9a). In Deutschland hingegen wurden Unternehmen durch die Steuerreform 2001 viel stärker begünstigt als die privaten Haushalte (Abbildung 9b).

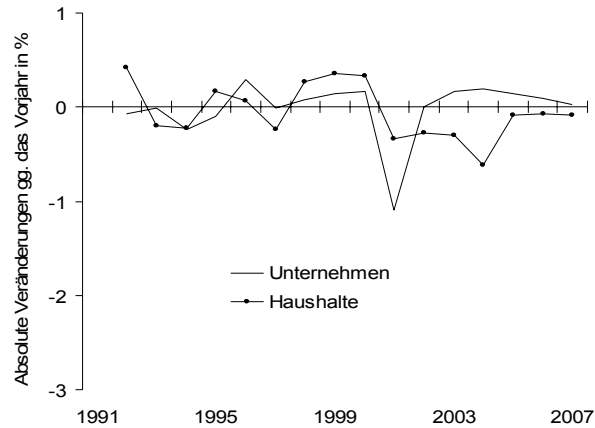
*Steuer-
senkungen in
den USA nur
für Haushalte*

Abbildung 9a: Dynamik direkter Haushalts- und Unternehmenssteuern in den USA (jährliche Änderungen der Steuerquoten am BIP)



Quelle: OECD

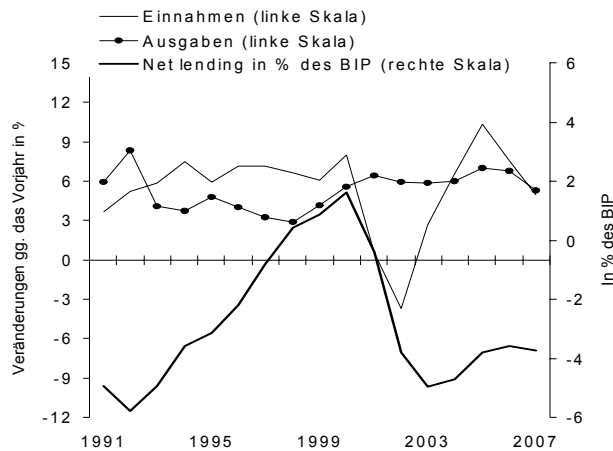
Abbildung 9b: Dynamik direkter Haushalts- und Unternehmenssteuern in Deutschland (jährliche Änderungen der Steuerquoten am BIP)



Quelle: OECD

Eine Zusammenfassung der bisherigen Beobachtungen zur Fiskalpolitik sieht folgendermaßen aus: Die Vereinigten Staaten haben in Rezessionen die nominellen Staatsausgaben weiterhin stark wachsen lassen und den konjunkturbedingten Einnahmefall nicht nur in Kauf genommen, sondern durch massive Senkung der Haushaltssteuern vergrößert. Der daraus resultierende Anstieg des Budgetdefizits um fast sieben BIP-Prozentpunkte zwischen 2000 und 2003 trug entscheidend dazu bei, dass sich die US-Wirtschaft rasch wieder erholte (Abbildung 10a).

Abbildung 10a: Budgetpolitik in den USA – Änderungsraten der Einnahmen und Ausgaben, Nettoneuverschuldung („net lending“) als Anteil am BIP

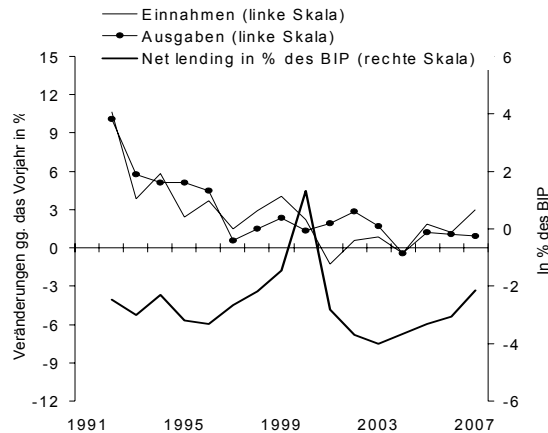


Quelle: OECD

In Deutschland verschlechterte sich der Budgetsaldo nahezu ebenso stark wie in den USA, doch wurde dies nicht durch eine antizyklische Fiskalpolitik gezielt herbeigeführt („deficit spending“), sondern lediglich durch Untätigkeit „erlitten“ (Abbildung 10b). Denn wer keine aktive Konjunkturpolitik verfolgt, dem läuft die Wirtschaft in einer Rezession gewissermaßen „aus dem Ruder“. Fünf Jahre Stagnation bedeuten, dass auf einem niedrigen Niveau wirtschaftlicher Aktivität ebenfalls ein hohes Defizit erlitten werden muss.

*angepeiltes
versus
erlittenes
Budgetdefizit*

Abbildung 10b: Budgetpolitik in Deutschland – Änderungsraten der Einnahmen und Ausgaben, Nettoneuverschuldung („net lending“) als Anteil am BIP



Quelle: OECD

Als Zwischenresümee kann festgehalten werden: Die Instabilität der Finanzmärkte ist die erste Hauptursache der Krise, da sie das Gewinnstreben der Unternehmen von der Realwirtschaft zu Finanzveranlagung und Spekulation verlagert. Dadurch wird das Europäische Sozialmodell viel stärker in Mitleidenschaft gezogen als das US-amerikanische Modell. Die zweite Krisenursache besteht in dem Verzicht auf eine wachstumsorientierte Geld- und Fiskalpolitik, wie er in der Politik der Europäischen Zentralbank sowie im Stabilitäts- und Wachstumspakt und in der dadurch erzwungenen Sparpolitik zum Ausdruck kommt.

4. Reformpolitik und Wirtschaftskrise

Die Hauptursachen eins und zwei der Krise können mit einer „neoliberalen Brille“ nicht wahrgenommen werden, „weil nicht sein kann, was nicht sein darf“: Freie Märkte wie die Finanzmärkte und der Verzicht auf aktive Wirtschaftspolitik im Sinne des „Mehr privat, weniger Staat“ sollten ja die Wirtschaftsdynamik fördern. Nach neoliberalen Credo müssen daher die

Krisenursachen einerseits bei den „unfreien“ Märkten gesucht werden, insbesondere den Arbeitsmärkten, und andererseits beim „ausufernden Sozialstaat“. Genau in diesen beiden Bereichen setzt daher die „Reformpolitik“ an.

Reagiert allerdings die Wirtschaftspolitik auf einen Anstieg von Arbeitslosigkeit und Budgetdefizit mit einer Lockerung des Kündigungsschutzes, mit Kürzungen der Arbeitslosenunterstützung, der Pensionen und der Leistungen der Krankenkassen, also mit einer Senkung der Sozialausgaben „auf breiter Front“, so verschlimmert die „reformpolitische“ Therapie die „Krankheit“: Die Verunsicherung der Haushalte und die Verschlechterung ihrer Einkommenslage dämpfen den privaten Konsum und indirekt auch die Investitionsbereitschaft der Unternehmer und lassen Arbeitslosigkeit und Budgetdefizit weiter steigen. Diese Wechselwirkung war in Deutschland besonders markant ausgeprägt, dementsprechend hat sich die ökonomische und soziale Lage dort seit Einsetzen der Reformpolitik weiter verschlechtert.

Therapie als Krankheit

Am stärksten wurde das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Sozialstaatlichkeit der deutschen Gesellschaft durch die Arbeitsmarktreformen („Hartz IV“) erschüttert, nicht zuletzt deshalb, weil diese den Prozess des Ersetzens regulärer, also auch voll sozialversicherter Jobs durch verschiedenste Formen atypischer Beschäftigung massiv beschleunigten.

Die zaghafte Erholung der deutschen Wirtschaft seit Anfang 2006 dürfte auch durch die Tatsache gefördert worden sein, dass es nach Bildung der Großen Koalition zu einem „Reformstillstand“ gekommen ist, welcher zwar neoliberalen Ideologen weh-, der Wirtschaft aber offensichtlich guttut.

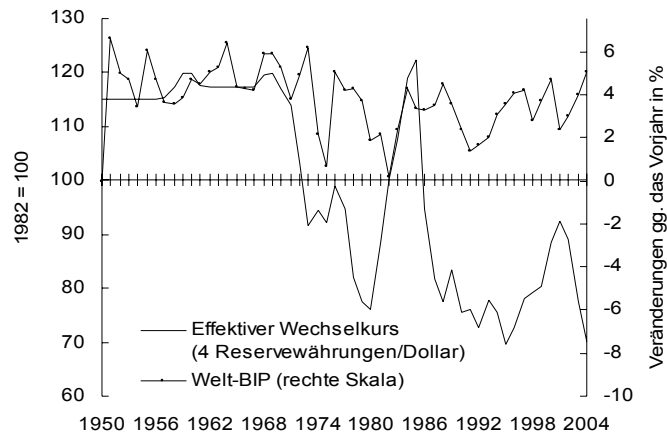
5. Verknüpfung der Krisenursachen in ihrer Abfolge seit 1970

In diesem Abschnitt möchte ich auf die Phase seit Beginn der 1970er zurückblenden und prüfen, auf welche Weise die drei

wichtigsten Krisenursachen – Finanzinstabilität, Verzicht auf eine aktive Makropolitik und die neoliberale Reformpolitik – im Zeitablauf miteinander verknüpft sind.

Anfang der 1970er-Jahre setzt mit dem Zusammenbruch der stabilen Wechselkurse der Prozess der Ent-Fesselung der Finanzmärkte ein. Es folgen Dollarabwertungen; sie rufen Ölpreisschocks hervor; diese leiten Rezessionen ein (Abbildung 11) und wir erleben zum ersten Mal einen gleichzeitigen Anstieg von Arbeitslosigkeit und Inflation.

Abbildung 11: Dollarkurs (Index: 1982 = 100) und Weltwirtschaftswachstum



Quelle: WIFO

*neoliberale
Offensive als
Treppenwitz*

Dieses Zusammentreffen hat in der Offensive gegen den Keynesianismus eine zentrale Rolle gespielt. Denn dieser hatte behauptet, dass ein höherer Preisauftrieb mit einer niedrigeren Arbeitslosigkeit einherginge (und umgekehrt). Allerdings ist der Angriff des Monetarismus gegen den Keynesianismus durch einen Treppenwitz gekennzeichnet: Jene Ökonomen wie Milton Friedman, die die Gleichzeitigkeit von Arbeitslosigkeit und Inflation zur Widerlegung der keynesianischen Theorie

ausnützten, haben selbst zu diesem Zusammentreffen beigetragen. Denn derselbe Friedman war immer massiv für eine Aufgabe des Systems stabiler Wechselkurse und einen Übergang zu „flexiblen“, auf freien Märkten gebildeten Wechselkursen eingetreten. Akzeptiert man, dass zwischen der Entwertung des Dollars und dem Ölpreisschock ein Zusammenhang besteht, dann schließt sich der Kreis.

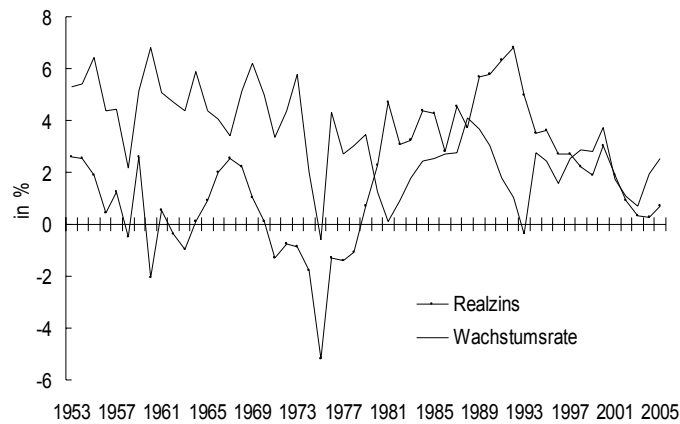
Der nächste wichtige Schritt in Richtung auf eine (weitere) Destabilisierung der Finanzierungsbedingungen für Realinvestitionen bestand Anfang der 1980er-Jahre in einem Kurswechsel in der Notenbankpolitik. Dieser führte dazu, dass der Zinssatz seither ständig über der Wachstumsrate liegt, während er davor langfristig darunter gelegen ist (Abbildung 12).

Diese Relation ist für den Finanzierungsspielraum von Unternehmen und Staat sowie für die Entwicklung ihrer Schulden von allergrößter Bedeutung (dies ergibt sich aus der „dynamischen Budgetbeschränkung“): Solange der Zinssatz unter der Wachstumsrate liegt, können nämlich Schuldner permanent mehr Kredite aufnehmen, als sie an Zinsen für die bestehende „Altschuld“ zahlen müssen, ohne dass deshalb die Schulden „explosiv“ ansteigen. Steigt das Zinsniveau langfristig über das Niveau der Wachstumsrate, so müssen die Unternehmen, aber auch der Staat ihre Kreditaufnahme und damit auch ihre (Investitions-)Ausgaben so weit einschränken, dass sie kleiner sind als der Zinsendienst für die bestehenden Schulden.

*Zinssatz und
Wachstumsrate*

Vor dem vom Monetarismus inspirierten Kurswechsel der Notenbanken hatten diese das Zinsniveau drei Jahrzehnte lang unter der Wachstumsrate gehalten (Abbildung 12). Das erleichterte die Fremdfinanzierung des Unternehmenssektors, aber auch des Staates erheblich und trug so zur Investitionsdynamik in der Prosperitätsphase der Nachkriegszeit bei.

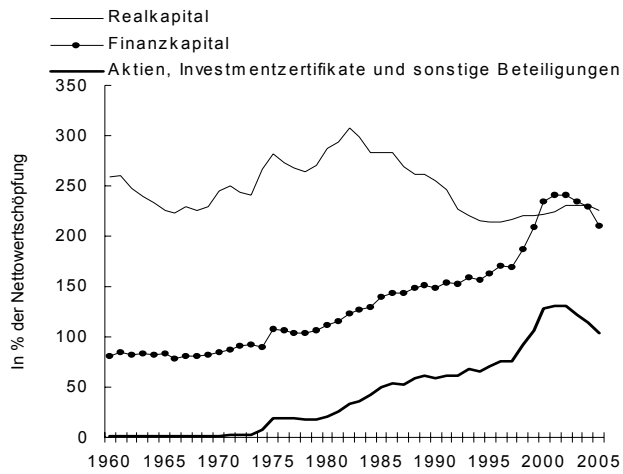
Abbildung 12: Realzinssatz und reale Wachstumsrate in Westeuropa



Quellen: OECD, WIFO

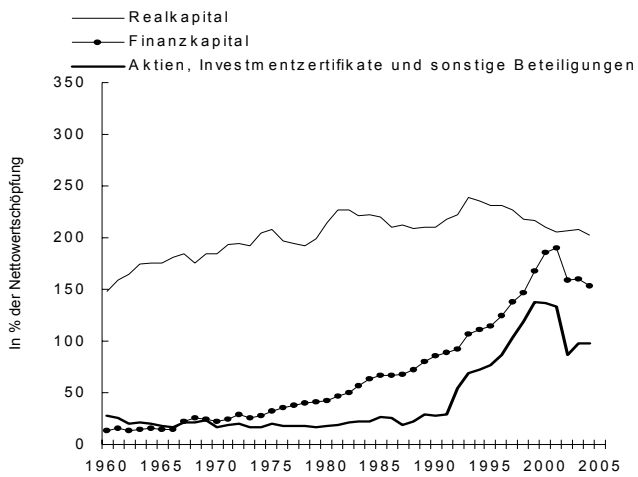
Gemeinsam mit Finanzinnovationen und dem Aktienboom hat sich in den 1980er-Jahren das Gewinnstreben der nicht-finanziellen Unternehmen immer stärker auf die Finanzwirtschaft verlagert (Abbildungen 13a und 13b). Die Krisenursache „Finanzinstabilität“ hat dann im Laufe der 1980er- und frühen 1990er-Jahre die zweite Krisenursache „aktiviert“, nämlich den Kurswechsel in der makroökonomischen Politik. Dies geschah auf folgende Weise.

Abbildung 13a: Real- und Finanzvermögen der Kapitalgesellschaften in den USA



Quellen: Fed, Deutsche Bundesbank

Abbildung 13b: Real- und Finanzvermögen der Kapitalgesellschaften in Deutschland



Quellen: Fed, Deutsche Bundesbank

Finanzkapitalismus lässt Staatsschuld steigen

Die geringe (reale) Investitionsdynamik der Unternehmen dämpfte das Wirtschaftswachstum und damit das Entstehen zusätzlicher Jobs. Dementsprechend nahm die Arbeitslosigkeit bis Mitte der 1980er-Jahre und – nach einer kurzen Erholungsphase – ab 1990 stark zu (Abbildung 14). Diese Entwicklung ließ gemeinsam mit dem hohen Realzinsniveau die Staatsschulden ansteigen (Abbildung 15). Statt die systemischen Ursachen der Verschlechterung der Staatsfinanzen zu analysieren, entschied sich die Politik in der EU Anfang der 1990er-Jahre für einen Kurswechsel zu einer neoliberal-symptomorientierten Therapie, der Sparpolitik.

systemische Ursachen der Staatsverschuldung

Dabei wäre es nicht schwierig gewesen, den systemischen Ursachen steigender Staatsverschuldung auf die Spur zu kommen: In einer kapitalistischen Marktwirtschaft erzielen die Haushalte immer Überschüsse, sie legen also von ihrem verfügbaren Einkommen etwas zur Seite und tragen es zur Bank. Nun ist es entscheidend, wer dieses Geld abholt. Wenn es die Unternehmer abholen, um es als Investitionskredit in Realkapital zu verwandeln, kann der Staat leicht ein ausgeglichenes Budget haben. Wenn aber der Unternehmenssektor ein Überschussektor wird wie derzeit in Deutschland, wenn also die Unternehmen weniger real investieren, als sie infolge guter Gewinnentwicklung sparen, so tritt das Finanzierungsdefizit beim Staat auf (insbesondere wegen der bei schwachem Wirtschaftswachstum gedämpften Steuereinnahmen und den durch hohe Arbeitslosigkeit gestiegenen Sozialausgaben). Denn die Finanzierungssalden aller Sektoren einer Volkswirtschaft gleichen sich aus, ihre Summe ist immer gleich null.

Sparpolitik verschärft Krise und „aktiviert“ die Reformpolitik

Die Sparpolitik ließ das Wirtschaftswachstum in Europa in den 1990er-Jahren weiter sinken, insbesondere in jenen Ländern wie Deutschland, deren Fiskalpolitik besonders restriktiv war. Deshalb hat die Krisenursache „Makropolitik“ um das Jahr 2000 die dritte Krisenursache „aktiviert“, die „Reformpolitik“. Denn aus neoliberaler Perspektive muss Arbeitslosigkeit in erster Linie durch „Strukturreformen“ auf dem Arbeitsmarkt bekämpft werden. Diese Politik hat das Wirtschaftswachstum in jenem

Land, das sie am radikalsten praktizierte, zum Erliegen gebracht, nämlich in Deutschland (gemeinsam mit den beiden anderen, weiterhin wirksamen „Krisenfaktoren“).

Dabei wäre es auch im Fall des Problems der Arbeitslosigkeit nicht allzu schwer, seine systemischen Ursachen herauszufinden, statt die Schuld nur bei den Arbeitslosen selbst zu suchen, weil diese nämlich zu teuer, zu inflexibel und zu wenig gebildet seien. Dazu ein einfaches Gedankenexperiment, das Kinderspiel „Wir fahren nach Jerusalem“: Wir haben 100 Sessel (Arbeitsplätze) und 110 Leute (die Arbeitssuchenden) rennen herum und wollen einen Sessel ergattern. Wenn wir das Spiel oft genug wiederholen, werden die Langsameren diejenigen sein, die übrig bleiben, also arbeitslos sind. Wenn sich die Langsameren nun qualifizieren, also schneller laufen lernen, so löst dies das Problem des Sesseldefizits, also der Arbeitslosigkeit, nicht. Es werden dann halt andere leer ausgehen.

*„Wir fahren
nach
Jerusalem“*

Worauf ich hinauswill, ist, dass das Problem der Arbeitslosigkeit nur durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze bewältigt werden kann. Damit auf diesen Arbeitsplätzen eine unserem Reallohniveau entsprechende Produktivität erzielt werden kann, müssen sie mit relativ viel Kapital ausgestattet sein. Das setzt aber voraus, dass es sich für die Unternehmen lohnt, in Arbeitsplätze zu investieren: Es muss Profit abwerfen, einen Arbeitsplatz zu schaffen. Ist nun die erwartete Rendite für Finanzveranlagung und -spekulation deutlich höher, so werden zu wenige Arbeitsplätze geschaffen. Die Schlechterstellung der Realinvestitionen unter finanzkapitalistischen Rahmenbedingungen ist deshalb eine Hauptursache für das größer werdende Defizit an produktiven Arbeitsplätzen (samt einer entsprechenden Entlohnung). Die Schaffung der verschiedenen Formen atypischer Beschäftigung stellt lediglich eine Anpassung an den Mangel dar.

*„Job creation“
zu wenig
profitabel*

Zusammenfassend möchte ich festhalten: Die Instabilität der Finanzmärkte, die restriktive Geld- und Fiskalpolitik sowie die Reformpolitik sind für mich die konkreten Hauptursachen der

ökonomischen und sozialen Krise in der EU, insbesondere in Deutschland. Diese drei Krisenursachen sind durch ein gemeinsames Band verbunden, die Wirtschaftstheorie des Neoliberalismus und ihre praktische Umsetzung unter finanzkapitalistischen Rahmenbedingungen.

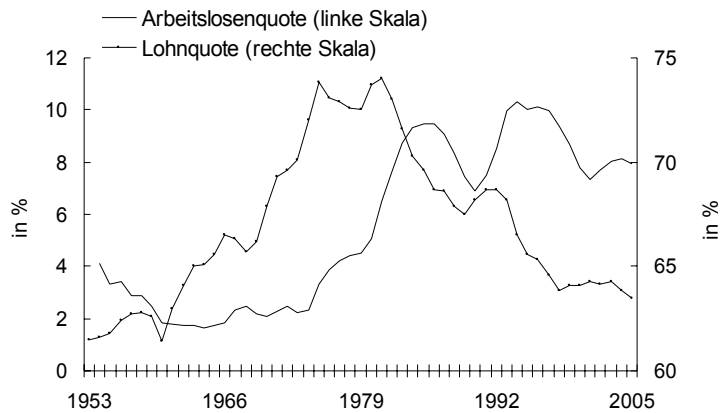
Finanzkapitalismus bedroht das Europäische Sozialmodell

Das Europäische Sozialmodell ist durch diese Krisenfaktoren längerfristig in seiner Existenz bedroht. Denn im Gegensatz zum US-amerikanischen Gesellschaftsmodell hat der Staat in Europa viele Aufgaben im Bereich des Sozialen, aber auch der Bildung übernommen. Eine permanent hohe Arbeitslosigkeit macht es dem Sozialstaat immer schwerer, seinen Aufgaben nachzukommen. Denn die Finanzierungsbasis des Sozialstaats wird durch hohe Arbeitslosigkeit untergraben, sie belastet das Sozialbudget und schmälert gleichzeitig die Staatseinnahmen.

Realkapitalismus und der Ausbau des Sozialstaats

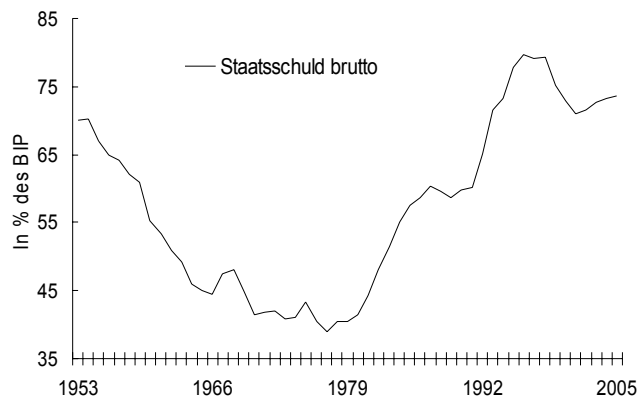
Ein Vergleich mit der wirtschaftlichen Blütephase der Nachkriegszeit (bei viel stärker regulierten Märkten) zeigt auf konkrete Weise, dass unter anderen, nämlich realkapitalistischen Rahmenbedingungen das System viel besser funktioniert. In Abbildung 14 sehen wir, dass ab 1960 für etwa 15 Jahre Vollbeschäftigung herrschte. Die Arbeitslosenquote lag in Westeuropa bei etwa zwei Prozent, obwohl (oder weil) in dieser Phase für mehr als zehn Jahre eine ganz massive Umverteilung zugunsten der Löhne stattfand. Gleichzeitig sank die Staatsschuldenquote zweieinhalb Jahrzehnte lang (Abbildung 15), und zwar genau in der Zeit, in der der Sozialstaat massiv ausgebaut wurde.

Abbildung 14: Arbeitslosenquote und Lohnquote in Westeuropa



Quellen: OECD, WIFO

Abbildung 15: Staatsschuldenquote in Westeuropa



Quellen: OECD, WIFO

Die Entwicklung in der Prosperitätsphase belegt, dass der Sozialstaat nicht notwendigerweise die Staatsschuldenquote steigen lässt. Diese kann vielmehr trotz eines Ausbaus des Sozialstaats zurückgehen, sofern ein hohes und stabiles Wirt-

schaftswachstum erreicht wird. Dazu braucht es allerdings realkapitalistische Rahmenbedingungen.

Um sich über diese Zusammenhänge ein allgemeines Bild machen zu können, ist es nötig, die wichtigsten ökonomischen und politischen Interessen der drei Beteiligungsformen am Produktions- und Verteilungsprozess herauszuarbeiten (Arbeit, Realkapital, Finanzkapital). Dabei lassen sich zwei „Regimes“ makroökonomischer Rahmenbedingungen unterscheiden, Realkapitalismus und Finanzkapitalismus. Diese in der Zeit wechselnden Regimes sind kombiniert mit zwei im Raum unterschiedlichen Gesellschaftsmodellen, dem US-amerikanischen Modell und dem Europäischen Sozialmodell.²

6. Die Interessen von Arbeit, Realkapital und Finanzkapital

Die ökonomischen Interessen der „Kapitalisten“ sind fundamental unterschiedlich, je nachdem, ob sie ihr Vermögen in Real- oder Finanzkapital anlegen:

- Realkapital ist das in Produktionsmitteln angelegte Vermögen. Die Rendite auf das Realkapital ist umso höher, je niedriger und stabiler der Zinssatz und der Wechselkurs sowie die Rohstoffpreise sind.
- Finanzkapital ist das auf Finanzmärkten eingesetzte Vermögen, sei es zum Zweck der Finanzierung von Unternehmen, Haushalten oder des Staates, sei es zum Zweck der Spekulation.

Die gesellschaftliche Dynamik wird durch die Interaktion von folgenden drei Interessen geprägt (Tabelle 1):

- Das Vermehrungsinteresse des Realkapitals entfaltet sich auf den Gütermärkten und wird deshalb durch ein hohes Wirtschaftswachstum gefördert, indirekt insbesondere durch einen niedrigen Zinssatz und Wechselkurs sowie durch stabile Finanzierungsbedingungen.
- Das Vermehrungsinteresse des Finanzkapitals entfaltet sich auf den Finanzmärkten und verlangt deshalb einen hohen

Zinssatz und Wechselkurs sowie generell instabile Finanzmarktpreise (zum Zweck der Spekulation).

- Das Erwerbsinteresse der Arbeit erfordert ein hohes Wirtschaftswachstum und einen der Arbeitsproduktivität entsprechenden Anstieg der Reallöhne.

Tabelle 1: Arbeit, Realkapital und Finanzkapital

	Arbeit	Realkapital	Finanzkapital
Ökonomische Interessen	Vollbeschäftigung Reallohnsteigerungen	Hohe Rendite auf Realveranlagung: - Niedrige Zinsen und Wechselkurse - Stabile Finanzmärkte	Hohe Rendite auf Finanzveranlagung und -spekulation: - Hohe Zinsen und Wechselkurse - Instabile Finanzmärkte
Beispiele für Interessenkonflikte	Lohnsteigerung	←-----→	Zinssteigerung Reale Aufwertung
Potenzielle PartnerInnen für Interessenbündnis	Realkapital	Arbeit oder Finanzkapital	Realkapital
Ökonomisches Interesse am Staat	Vollbeschäftigungspolitik Soziale Sicherheit Bildung Daseinsvorsorge	Konjunkturstabilisierung und Wachstumspolitik	Mächtige Notenbank Restriktive Geldpolitik Privatisierung der Sozialversicherung
Politische Hauptinteressen	Starker Sozialstaat Starke Gewerkschaften	Schwacher Sozialstaat Schwache Gewerkschaften	Kein Sozialstaat Keine Gewerkschaften

Diesen drei Interessen entsprechen keine homogenen sozialen Gruppen („Klassen“):

- Arbeitnehmer sparen und akkumulieren dadurch Finanzvermögen; sie haben daher gleichzeitig Arbeitnehmerinteressen und Rentierinteressen.
- Unternehmer des „non-financial business“ sind zwar in ihrer Gesamtheit (als Sektor) Nettoschuldner, in dem Ausmaß jedoch, in dem sie Finanzaktiva halten bzw. mit ihnen spekulieren, haben sie auch Rentierinteressen.

Allerdings lassen sich soziale Gruppen nach der Dominanz ihrer ökonomischen Interessen unterscheiden: Die meisten Arbeitnehmer sind „hauptberuflich“ Arbeitnehmer und die meisten Unternehmer im „non-financial business“ sind „hauptberuflich“ Unternehmer. Allerdings können große, global agierende Konzerne ihre Aktivitäten in erheblichem Ausmaß von der Realwirtschaft auf die Finanzwirtschaft verlagern.

Die gesellschaftliche Entwicklung wird wesentlich durch „Interessengemeinschaften“ der Unternehmerschaft entweder mit den Rentiers (wie in den 1930er-Jahren bzw. neuerlich seit Anfang der 1970er-Jahre) oder mit den Arbeitnehmern (wie in den 1950er- und 1960er-Jahren) geprägt. Das erste Interessenbündnis ist ein typisches Merkmal des Finanzkapitalismus, das zweite charakterisiert den Realkapitalismus.

7. Realkapitalismus und Finanzkapitalismus

Realkapitalismus und Finanzkapitalismus stellen zwei Ausprägungen oder Regimes einer kapitalistischen Marktwirtschaft dar, die durch eine Vielzahl einander ergänzender Rahmenbedingungen charakterisiert sind. Die Aufschwungsphase im langfristigen Entwicklungszyklus wird von realkapitalistischen Rahmenbedingungen geprägt, die Abschwungsphase vom Finanzkapitalismus.

Die wichtigsten Komponenten bzw. Merkmale des Realkapitalismus sind (im Detail siehe Tabelle 2):

- Dominanz eines Interessenbündnisses zwischen Arbeit und Realkapital, die Interessen des Finanzkapitals sind (durch regulierte Finanzmärkte und eine Niedrigzinspolitik der Notenbanken) „ruhiggestellt“.
- Das Verhältnis zwischen Unternehmerschaft und Gewerkschaften ist durch eine enge Zusammenarbeit (Korporatismus) charakterisiert.
- Staat und Markt, Konkurrenz und Kooperation werden als einander ergänzende Steuerungssysteme begriffen.
- Die Rahmenbedingungen werden durch die Politik also so gesetzt, dass sich Vermögen am besten durch real-

wirtschaftliche Aktivitäten vermehren lassen (Finanz-
 veranlagung und -spekulation „lohn“ sich nicht).

- Der Realkapitalismus kann deshalb auch als ein „Spiel“
 angesehen werden, bei dem der „Gesamtkuchen“ notwendi-
 gerweise wächst (ein solches Positivsummenspiel mildert
 Verteilungskonflikte erheblich).

Der Versuch einer Kombination von Markt und Staat, von
 Konkurrenz und Kooperation, von individueller Entfaltung und
 sozialer Verantwortung und damit auch der Versuch einer
 Integration gesellschaftlicher Gegensätze prägte die Pro-
 speritätsphase der Nachkriegszeit („soziale Marktwirtschaft“).

Tabelle 2: Realkapitalismus und Finanzkapitalismus

	Realkapitalismus	Finanzkapitalismus
Implizites Bündnis	Arbeit & Realkapital	Realkapital & Finanzkapital
Verhältnis Unternehmer/ Gewerkschaften	Korporatismus	Konflikt
Verhältnis Staat/Markt	Komplementär	Antagonistisch
Wirtschaftspolitische Ziele	Viele: von Vollbeschäftigung bis zur Einkommensverteilung	Wenige: Geldwertstabilität, „solide“ Staatsfinanzen, sinkende Staatsquote
Wirtschaftspolitisches „Machtzentrum“	Regierungen	Notenbanken
Wirtschaftswissenschaftliches Modell	Keynesianismus	Monetarismus/ Neoliberalismus
Diagnose/Therapie	Systemisch	Symptomorientiert
Finanzielle Rahmenbedingungen	Zinssatz-Wachstumsrate, „ruhige“ Finanzmärkte	Zinssatz-Wachstumsrate, „boom“ und „bust“ auf Finanzmärkten
Gewinnstreben fokussiert auf	Realwirtschaft (Positivsummenspiel)	Finanzwirtschaft (Nullsummenspiel)
Wirtschaftsmodell	Soziale und regulierte Marktwirtschaft	(„Reine“) Marktwirtschaft
Gesellschaftspolitische Ziele	Chancengleichheit, individuelle Entfaltung, sozialer Zusammenhalt	Rahmenbedingungen schaffen für: „Jeder ist seines Glückes Schmied“

Die meisten Merkmale des Finanzkapitalismus sind jenen des Realkapitalismus direkt entgegengesetzt und bedürfen daher keiner Kommentierung (siehe Tabelle 2). Einzelne Elemente des Finanzkapitalismus sollen ergänzend erläutert werden:

- Das Interessenbündnis zwischen Real- und Finanzkapital manifestiert sich nicht nur in der Deregulierung (und damit Destabilisierung) der Finanzmärkte, sondern auch in den wirtschaftspolitischen Hauptzielen der Geldwertstabilität und „solider“ Staatsfinanzen (genuine Finanzkapitalinteressen).
- Das politische Hauptziel von Real- und Finanzkapital, den Sozialstaat und die Gewerkschaften zu schwächen, kommt auch in der Dominanz des Neoliberalismus zum Ausdruck.
- Diese auch von der Unternehmerschaft übernommene „Weltanschauung“ und die darauf basierende Politik von Sozialabbau und Deregulierung verursacht eine zunehmende Entfremdung zwischen den ehemaligen Sozialpartnern.
- Die Verlagerung der wirtschaftspolitischen Macht von den Regierungen zu den Notenbanken zeigt sich in Europa in der Machtausstattung der EZB.
- Die neoliberale Ideologie wird durch die „Hintertür“ der Entfesselung der Finanzmärkte „geschichtsmächtig“: Die Instabilität von Wechselkursen, Zinssätzen, Rohstoffpreisen und Aktienkursen senkt das Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung steigen und lassen Sozialabbau und Deregulierung als „Sachzwänge“ erscheinen.

Der Finanzkapitalismus stellt somit ein Regime dar, in dem das gemeinsame politische Interesse von Real- und Finanzkapital an einer Schwächung von Gewerkschaften und Sozialstaat einen größeren Stellenwert hat als der Gegensatz ihrer ökonomischen Interessen.

Im letzten Abschnitt soll skizziert werden, wie die Interaktion der Interessen von Arbeit, Realkapital und Finanzkapital die langfristige Entwicklungsdynamik prägt, insbesondere die Sequenz von real- und finanzkapitalistischen Systembedingungen.

8. Die Abfolge von Realkapitalismus und Finanzkapitalismus im langfristigen Entwicklungszyklus

Sowohl Realkapital als auch Arbeit profitieren von einer Expansion der Gütermärkte; sie sind deshalb ökonomische Bündnispartner, sofern es gleichzeitig gelingt, ihren politischen Antagonismus zu integrieren. Genau dies war in den ersten 25 Jahren der Nachkriegszeit der Fall:

- Aus den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise wurde von Keynes eine Theorie entwickelt, welche den systemischen Charakter des Wirtschaftens betonte und damit die Bedeutung einer Kooperation von Unternehmern, Arbeitnehmern und Staat mit dem Ziel, Realkapitalbildung und Beschäftigung zu fördern.
- Niedrige Zinssätze und feste Wechselkurse, liberalisierte Gütermärkte, verbesserte Produktionsbedingungen durch öffentliche Investitionen und eine stabile Konsumnachfrage durch Steigerung der Reallöhne und Ausbau des Sozialstaats lenkten das Gewinnstreben systematisch auf die Gütermärkte.
- Auf politischer Ebene wurde der „große Konsens“ zwischen der Unternehmerschaft und den Gewerkschaften durch den Kalten Krieg und die Systemkonkurrenz zwischen Ost und West gefördert.

Die Prosperitätsphase der Nachkriegszeit wurde somit durch ein stillschweigendes Bündnis von Realkapital und Arbeit auf der Grundlage des Europäischen Modells („soziale Marktwirtschaft“) geprägt.

Dieses Modell war so erfolgreich, dass in Europa schon Anfang der 1960er-Jahre Vollbeschäftigung herrschte. In dieser Lage stellten die Gewerkschaften neue Forderungen, die auf eine Umverteilung zugunsten der Löhne sowie betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung abzielten. Beides wurde teilweise durchgesetzt, insbesondere durch die Verdreifachung der Häufigkeit bzw. Dauer von Streiks Mitte

*Realkapitalismus
scheitert an
seinem Erfolg*

der 1960er-Jahre. Wenig später verschärften die Studentenbewegung und gleich darauf die Ökologiebewegung die Kritik am (Vergeudungs-)Kapitalismus.

*politisches
Spannungs-
verhältnis
zwischen
Realkapital
und Arbeit*

Der ökonomische Erfolg des Bündnisses zwischen Realkapital und Arbeit reaktivierte so ihren politischen Antagonismus: Unter den Bedingungen von Vollbeschäftigung drohte der „Vormarsch“ von Gewerkschaften und Sozialdemokratie die gesellschaftliche Macht zulasten der Unternehmerschaft zu verschieben; Letztere orientierte sich daher wieder an jener Doktrin, welche den Wohlfahrtsstaat selbst als das „Grundübel“ ansieht. Nicht zufällig brachte das Jahr 1968 den Durchbruch für Milton Friedman und seine neoliberal-monetaristische Theorie auf akademischem Boden.

*Neoliberalismus
und Finanz-
kapitalismus*

Mit seinen Thesen legitimierte der Neoliberalismus die politischen Interessen des Konservativismus und die ökonomischen Interessen des Finanzkapitals: Alle wirtschaftlichen Entscheidungen sollen dem Marktmechanismus unterworfen werden (wo „Geldstimmen“ zählen und nicht der Grundsatz „one (wo)man, one vote“), die Bekämpfung von Inflation und Staatsverschuldung (der beiden „Todfeinde“ des Finanzkapitals) hat absolute Priorität und die Finanzmärkte sind vollständig zu deregulieren (das „Aktivitätszentrum“ des Finanzkapitals).

*Dollar-
abwertungen,
Ölpreis-
schocks und
Rezessionen*

Dieses Programm wurde in Etappen umgesetzt. Anfang der 1970er-Jahre wurde das Währungssystem von „Bretton Woods“ aufgegeben und die Wechselkursbildung den Marktkräften überlassen. Die zwei ausgeprägten Abwertungen des Dollars 1971/73 und 1977/78 entwerteten die Dollarerlöse der Erdöl-exporteure und wurden zur wichtigsten Ursache für die beiden Ölpreisverteuerungen 1973 und 1979, die nachfolgenden Rezessionen und den dadurch verursachten Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Hochzinspolitik

Als Folge der monetaristischen Hochzinspolitik liegt der Zinssatz seit Ende der 1970er-Jahre permanent über der Wach-

tumsrate, während er davor darunter gelegen ist. Die Unternehmen passten sich diesem „Regimewechsel“ durch eine Reduktion ihrer Realinvestitionen relativ zu Finanzinvestitionen an. Dies senkte das Wirtschaftswachstum und ließ Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung ansteigen, der Wohlfahrtsstaat wurde unfinanzierbar (gemacht).

Gleichzeitig boomten die Finanzmärkte umso mehr: Im Zuge ihrer Deregulierung wurden Finanzinnovationen geschaffen (Futures, Optionen, Optionen auf Futures etc.), welche eine Vielzahl neuer Formen von Spekulation ermöglichten. Diese erfassten die wichtigsten Preise in der Weltwirtschaft wie Zinssätze, Wechselkurse, Rohstoffpreise und Aktienkurse.

*Boom der
Finanzmärkte*

Die Krisenphase der zweiten Hälfte der Nachkriegszeit war und ist durch ein stillschweigendes Bündnis von Realkapital und Finanzkapital geprägt, (populär-)wissenschaftlich durch den Neoliberalismus legitimiert. Politisch haben sowohl Unternehmer als auch Rentiers dadurch gewonnen: Steigende Arbeitslosigkeit, sinkende Sozialleistungen und ein geschwächter (Wohlfahrts-)Staat drängten die Arbeitnehmer in die Defensive.

Ökonomisch haben freilich auch große Teile der Unternehmerschaft durch die Koalition mit dem Finanzkapital verloren, insbesondere die Besitzer von Klein- und Mittelbetrieben, die nach wie vor darauf angewiesen sind, ihre Gewinne auf Gütermärkten zu machen.

9. Schlussfolgerung

Meinungsumfragen wie das Eurobarometer zeigen, dass eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in der EU eine Erneuerung des Europäischen Sozialmodells unter zusätzlicher Berücksichtigung der ökologischen Nachhaltigkeit einer (weiteren) Übertragung des US-amerikanischen Modells auf Europa vorzieht. Eine solche Erneuerung erfordert ein höhe-

res und stabileres Wirtschaftswachstum als in den vergangenen 30 Jahren. Dieses setzt wiederum einen Übergang von den derzeit noch dominanten finanzkapitalistischen Rahmenbedingungen zu realkapitalistischen Rahmenbedingungen voraus.

Die historische Erfahrung lässt vermuten bzw. befürchten, dass das Bewusstsein dieser Notwendigkeit erst durch eine weitere Vertiefung der gegenwärtigen Krise jene „kritische Verbreitung“ erfährt, welche die Basis politischer Neugestaltung bildet. Dazu wird es weiters notwendig sein, dass die Gewerkschaftsbewegung den Boden bereitet für ein neues Interessenbündnis mit dem Realkapital. Trotz aller Konflikte sollten insbesondere Unternehmer von Klein- und Mittelbetrieben angesprochen werden. Auch ihre ökonomische Position hat sich unter finanzkapitalistischen Bedingungen ungünstiger entwickelt als zu Zeiten der sozialen Marktwirtschaft.

Anmerkungen:

- 1 Die Unterschiede in der makroökonomischen Politik zwischen den USA und Deutschland seit Anfang der 1970er-Jahre habe ich näher untersucht in Schulmeister, S., Die „ausgeblendeten“ Ursachen der deutschen Wirtschaftskrise, in: Chaloupek, G. et al. (Hg.), Sisyphos als Optimist. In Memoriam Egon Matzner, Hamburg 2005, S. 94 ff.
- 2 Diese Zusammenhänge habe ich ausführlicher dargelegt in Schulmeister, S., Der Finanzkapitalismus, die Wachstumskrise und das Europäische Modell, in: Hein, E., Heise, A., Truger, A., (Hg.), Finanzpolitik in der Kontroverse, Marburg 2004, S. 23 ff.

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Gruberstraße 40-42, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73-33 21
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@akooe.at
Internet: www.isw-linz.at